

Europa Monitor

Nr. 2 im 2023



Deutschland

Deutsches Parlament stuft Verfolgung der Jesiden im Irak und in Syrien als Völkermord ein

In einer Resolution der Regierungsparteien und der oppositionellen CDU/CSU wurden die Verbrechen der IS-Miliz an der Glaubensgruppe der Jesiden im Nordirak und in Syrien als Völkermord anerkannt.

Der Bundestag hat die Verbrechen der radikalislamischen IS-Miliz an der Glaubensgruppe der Jesiden im Nordirak und in Syrien als Völkermord anerkannt. Die Abgeordneten stimmten in Berlin einstimmig für die vorgelegte Resolution. Der Bundestag ist damit das erste Parlament eines großen europäischen Staats, das die Gräueltaten an den Jesidinnen und Jesiden im Jahr 2014 als Völkermord anerkennt.

„Der Deutsche Bundestag verneigt sich vor den Opfern der durch den IS begangenen Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlich-

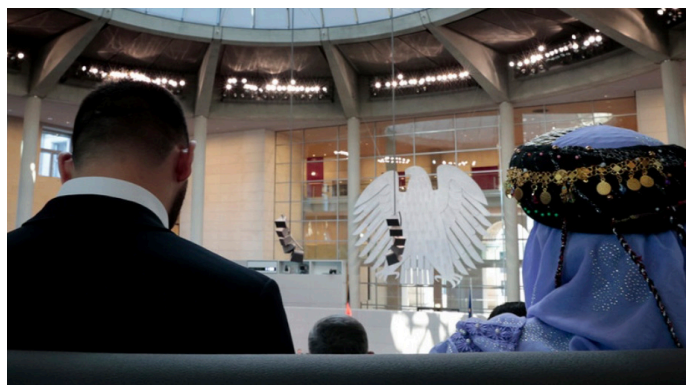
keit“, heißt es in der Resolution. Das Parlament erkenne damit an, dass es sich bei den Verbrechen der IS-Miliz „um einen Völkermord im Sinne des Übereinkommens über die Verhütung und Bestrafung des Völkermordes der Vereinten Nationen handelt“.

Rechtlich bindenden Charakter hat die verabschiedete Vorlage nicht. Der Bundestag nimmt damit aber eine klare historische Positionierung vor und richtet politische Forderungen an die Bundesregierung. Auch die Fraktionen von Linken und AfD, die nicht an der Ausarbeitung der Resolution beteiligt waren, stimmten dafür.

Die Dschihadistenmiliz hatte 2014 das Sindschar-Gebirge im Nordirak erobert, wo die Jesiden seit Jahrhunderten leben. In ihrem Herrschaftsgebiet im Nordirak und in Syrien zwang die Miliz Frauen und Mädchen in die Sklaverei, rekrutierte Jungen als Kindersoldaten und tötete tausende Männer. Seitdem flohen tausende Jesiden aus der Region.

Irakischer Ministerpräsident besucht als erstes europäisches Land Deutschland

Als Ziel seiner ersten Reise ins westliche Ausland wählte der neue irakische Regierungschef Muhammad Schia al-Sudani ganz bewusst Berlin. Ziel seiner Reise sei es, die Partnerschaft mit Deutschland auszuweiten. Bagdad wolle gerade von Deutschland in zentralen Punkten seines Regierungsprogrammes profitieren: Korruptionsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung. Dazu gehört der Ausbau einer Energiepartnerschaft mit Siemens, die helfen soll, den ständigen



Jesidische Vertreter bei der Abstimmung im Bundestag / Photo: Tagesschau

Stromausfällen im Irak entgegenzuwirken. Bereits vor dem Besuch kamen Meldungen, Siemens werde eine entsprechende Absichtserklärung mit dem irakischen Elektrizitätsminister Ziad Ali Fadel unterzeichnen. Dabei gehe es etwa um den Bau konventioneller Kraftwerke, den Ausbau erneuerbarer Energien und die Stabilisierung des Stromnetzes.



Sudani (li.) und Scholz / Photo: dpa

Bundeskanzler Olaf Scholz erklärte während eines gemeinsamen Auftritts mit Sudani, er hoffe auf eine „zügige Umsetzung“ der Vereinbarung. Scholz versicherte seinem Gast in einer gemeinsamen Pressekonferenz im Kanzleramt, dass Deutschland die Zusammenarbeit mit dem Irak fortsetzen werde. Das sei nicht nur im irakischen, sondern auch im deutschen Interesse. Scholz und Sudani sprachen auch über die Möglichkeit von Gaslieferungen aus dem Land. „Der Irak wäre für uns ein sehr gern gesehener Kooperationspartner bei dem Import von Gas und Öl nach Deutschland“, sagte Scholz. Gasimporte könnten über Deutschland auch in andere europäische Länder weitergeleitet werden.

Angesichts der Gasvorkommen im Irak hofft Sudani auf deutsche Investoren in diesem Sektor. Das Land exportiert bereits Gas über ein 2022 eröffnetes LNG-Terminal der Basra Gas Company.

Zu Hause ist die Lage für den irakischen Regierungschef indes kompliziert. Er muss nicht nur den übergriffigen Nachbarn Iran immer im Blick behalten, der im Irak auf ein Netz von einflussreichen Politikern und schwer bewaffneten Stellvertretermilizen zurückgreifen kann, sondern auch die mit Iran verfeindeten Amerikaner. So kam mit der Diskussion über die angestrebte Ausweitung der Energiepartnerschaft mit Siemens umgehend die Frage auf, ob man damit nicht die amerikanische Konkurrenz vor den Kopf stoße.

Österreich

Kontrollgremium rügt Regierung bei Aufklärung des Wiener Terroranschlags

Lückenhafte Ermittlungen, Fehleinschätzungen und Rechtsirrtümer in Teilen der österreichischen Regierung: So liest sich der Abschlussbericht der Volksanwaltschaft zum Terroranschlag von Wien. Drei Prüfbeamte haben sich monatelang mit den Ereignissen rund um die Terrornacht vom 2. November 2020 beschäftigt, bei der der jihadistische Attentäter K. F. vier Personen ermordete, bevor er selbst von der Polizei erschossen wurde. Die Volksanwaltschaft empfiehlt Innenminister Gerald Karner (ÖVP) nun eine „lückenlose disziplinarrechtliche Aufklärung“ der Versäumnisse im Verfassungsschutz.

Die aus drei Mitgliedern bestehende Volksanwaltschaft in Österreich ist als parlamentarischer Ombudsrat zur Kontrolle der öffentlichen Verwaltung eingerichtet. Sie steht allen Menschen bei Problemen mit Behörden kostenlos zur Verfügung, die sich durch Organe der Verwaltung ungerecht behandelt fühlen und bereits alle Rechtsmittel ausgeschöpft haben. Darüber hinaus ist die Volksanwaltschaft seit 2012 als Nationaler Präventionsmechanismus auch für den Schutz und die Förderung der Menschenrechte in Österreich zuständig. Die Volksanwaltschaft ist zugleich Generalsekretariat des International Ombudsman Institute (I.O.I.), dem weltweit zahlreiche mit der Volksanwaltschaft vergleichbare Einrichtungen angehören.

Besonders wird das Verhalten des Innenministeriums rund um die Prüfung der Volksanwaltschaft kritisiert. Mehrfach seien Aktenlieferungen oder die Beantwortung von Fragen der Prüfer verweigert worden. An Akten sei man nur über das Justizministerium gelangt, das sich kooperativ gezeigt habe.

Inhaltlich rügt die Volksanwaltschaft das Verhalten der Beamten vor allem im Landesamt für Verfassungsschutz (LVT) Wien. Es habe mehrere Hinweise gegeben, wie gefährlich der spätere Attentäter K. F. sei, und zwar schon Monate vor dem Anschlag.

Viele der genannten Punkte waren bereits im Bericht einer speziellen Untersuchungskommission aufgeworfen worden. Die Wirtschafts- und Korruptionsstaatsanwaltschaft hatte auch Er-

mittlungen wegen Missbrauchs der Amtsgewalt gegen zwei Verfassungsschützer eingeleitet, die allerdings eingestellt worden sind.

Türkei

Erdogans Wahlkampf in Europa: Absagen aus Deutschland, Zusage aus Österreich

Während die deutsche Bundesregierung an Wahlkampfauftritten des türkischen Präsidenten Recep Tayyip Erdogan kein Interesse hat, reist zumindest das Stadtoberhaupt Wiens im Februar in die Türkei, um Erdogan seine Aufwartung zu machen.



Erdogan „not amused“ / Photo: dpa

Das Auswärtige Amt hat angesichts der im Juni anstehenden Wahlen in der Türkei ausdrücklich darauf hingewiesen, dass Wahlkampfauftritte ausländischer Politiker – sofern sie nicht aus Ländern der EU stammen – einer Genehmigung durch das deutsche Außenministerium bedürfen. Das deutsche Auswärtige Amt gab unterdessen an, es habe einen führenden Repräsentanten der türkischen Botschaft in Berlin ins Ministerium „eingeladen“. Weiter hieß es in Bezug auf die Veranstaltung in Neuss, solche Auftritte dürften sich nicht wiederholen; „Hass und Hetze“ hätten in Deutschland nichts verloren.

Wahlkampfauftritte von Politikern aus dem Ausland sind in den letzten drei Monaten vor Wahlen oder Abstimmungen in ihren Ländern vollständig verboten. Diese Regelung zur Genehmigung und Untersagung solcher Auftritte geht auf einen früheren Konflikt mit der Türkei zurück: Vor dem türkischen Verfassungsreferendum 2017 führten türkische Politiker einen mitunter aggressiven Wahlkampf um die Stimmen von Deutschtürken in zahlreichen deutschen Städten. In der aktuellen Mitteilung des Auswärtigen Amtes wird an

diese Regelung erinnert und deutlich gedroht: Wenn türkische Parteienvertreter sich nicht „an die Spielregeln“ hielten, müssten Konsequenzen geprüft werden.

Ein für den 27. Januar anvisierter Arbeitsbesuch Erdogans bei Bundeskanzler Olaf Scholz in Berlin findet nach Angaben aus dem Umfeld seiner Partei nicht statt. Man hätte sich nicht auf Themen und auf eine Uhrzeit für das Treffen einigen können, erfuhr das RedaktionsNetzwerk Deutschland (RND) aus dem Umfeld der türkischen Regierungspartei. So habe die deutsche Seite bei dem Besuch etwa den Wahlkampfauftritt des AKP-Abgeordneten Mustafa Acikgöz kürzlich in Neuss öffentlich kritisieren wollen, hieß es.

Während also in Deutschland die verantwortlichen Behörden es vermeiden wollen, Wahlkampfhilfe für den in den aktuellen Umfragen schwächelnden Erdogan zu geben, zeigen Politiker in Österreich, geschmeidig, wie die Politik hier manchmal agiert, mehr Wohlwollen. Der Wiener Bürgermeister Michael Ludwig kündigte an, am 14. Februar in die Türkei zu reisen.

Schon das spontane Treffen des Wiener Stadtchefs - in Wien leben ca. 76.000 Menschen türkischer Herkunft - vergangenes Jahr mit dem Autokraten vom Bosphorus rief in Österreich Erstaunen hervor. Der damalige Besuch Ludwigs wurde als Versuch gewertet, Sympathien für den sozialdemokratischen Politiker in der türkischen Community daheim zu erlangen, gleichzeitig aber auch das angekratzte Ansehen Erdogans und seiner AKP in Wien aufzuwerten.

Bislang gibt es noch keine Bestätigung aus dem Wiener Rathaus, ob der Bürgermeister sich auch mit Erdogan treffen werde. Bislang ist nur ein Gespräch mit dem türkischen Wirtschaftsminister bestätigt.



Ludwig (li.) und Erdogan / Photo: Rathaus Wien